



Genf II

Möglichkeiten und Grenzen einer politischen Lösung in Syrien

FRIEDERIKE STOLLEIS

Januar 2014

- Die Syrien-Friedensverhandlungen in Montreux und Genf stehen vor fast unlösbaren Problemen und sind doch auf diplomatischer Ebene alternativlos.
- Die konträren Positionen von Regime und Opposition sowie die fehlende Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft zu politischem Engagement lassen eine baldige Lösung des Konflikts unwahrscheinlich erscheinen. Es muss daher Raum für Forderungen geben, die unterhalb einer Gesamtlösung liegen und die akute Not der Zivilbevölkerung lindern können.
- Die Lösung des Syrien-Konflikts liegt nicht im Vermögen der Syrer. Regionale und internationale Interessen und Machtkämpfe haben den Konflikt in einen Stellvertreterkrieg verwandelt. Ohne das aktive Mitwirken sämtlicher Akteure ist eine Lösung nicht möglich.
- Das syrische Regime präsentiert sich dem Westen als Verbündeter im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus. Tatsächlich ist es mit diesem durch eine enge Interessenkonvergenz ursächlich verbunden.
- Das Abkommen über die Vernichtung der syrischen Chemiewaffen und die Präsenz islamistischer Milizen in den »befreiten Gebieten« haben Bashar al-Assad zu einer neuen internationalen Legitimität verholfen.



Inhalt

1. Das kleinere Übel?	3
2. Die Vernichtung der syrischen Chemiewaffen	3
2.1 Die Giftgasangriffe vom 21. August 2013	3
2.2 Keine Frage der Moral	4
3. Extremismus – der ideale Feind	5
3.1 Al-Qaida in Syrien	5
3.2 Eine zweite Revolution?	6
4. Friedensverhandlungen in Montreux und Genf	7

1. Das kleinere Übel?

Bald nach Ausbruch des syrischen Aufstands im Frühjahr 2011 begannen westliche Regierungen den Sturz des syrischen Regimes zu verkünden. Sie erklärten, Bashar al-Assad habe alle Legitimität verloren, und sicherten der politischen und später auch der militärischen Opposition ihre Unterstützung zu. Inzwischen sind diese Töne leiser geworden. Immer öfter wird angesichts der Präsenz islamistischer Milizen in Syrien die Überlegung geäußert, ob der syrische Präsident nicht doch das kleinere Übel darstelle. Europäische Diplomaten berichten diskret von zunehmenden Besuchen in Damaskus und von Gesprächen über eine mögliche Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des islamistischen Terrors. Öffentlich äußerte diese Überlegungen unter anderem Ryan Crocker, ehemaliger amerikanischer Botschafter in Syrien, Irak und Afghanistan. »Wir müssen eine Zukunft mit Assad akzeptieren«, schreibt er in der *New York Times*, »so schlecht wie Assad ist, es gibt Schlimmeres«.¹

Seit dem 22. Januar 2014 tagen Vertreter des Regimes, der syrischen Opposition und der internationalen Gemeinschaft im schweizerischen Montreux. Ziel der »Genf II« genannten Verhandlungen ist die Umsetzung der am 30. Juni 2012 in Genf verabschiedeten Erklärung (Genf I). Neben einem Ende der Gewalt, dem Zugang für humanitäre Hilfe und der Freilassung aller politischen Gefangenen gehört die Bildung einer Übergangsregierung zu den Forderungen der Genfer Erklärung. Anderthalb Jahre später scheinen diese Ziele in weite Ferne gerückt und Assads Position deutlich gefestigt. Offensichtlich hat sich der Wind gedreht, denn noch im August 2013 sah es für kurze Zeit so aus, als bereiteten die USA einen Militärschlag gegen das syrische Regime vor.

2. Die Vernichtung der syrischen Chemiewaffen

2.1 Die Giftgasangriffe vom 21. August 2013

Die Bombardierung des Umlands von Damaskus am 21. August 2013 mit dem Giftgas Sarin, die über Nacht mehr als 1.300 zivile Opfer forderte, erregte internationales Entsetzen und brachte die USA unter Handlungsdruck.

Aufgrund früherer Einsätze von Chemiewaffen durch die syrische Armee mit geringeren Opferzahlen kamen die Angriffe für die syrische Bevölkerung nicht unerwartet, was den Schock jedoch nicht milderte. Gleichzeitig keimte bei vielen Syrern Hoffnung auf, dass diese offensichtliche Überschreitung der von Obama gezeichneten »roten Linien« nicht folgenlos bleiben würde. Tatsächlich erklärte Barack Obama wenige Tage nach den Angriffen, einen zweitägigen, begrenzten Raketenangriff auf strategische Standorte des Regimes durchführen zu wollen. Ziel sei es, das Assad-Regime zu »strafen«, ohne jedoch seinen Sturz herbeizuführen. Kaum ein Syrer machte sich Illusionen über die Absichten der USA. Aber die Hoffnung, ein Angriff von außen könnte das Kräfteverhältnis zugunsten der Opposition verschieben, war in den meisten Gegenden Syriens eindeutig größer als die Angst vor zusätzlichen Opfern.

Während Obama in den eigenen Reihen, vor dem Kongress und unter den westlichen Regierungen für den Militärschlag warb, unterbreitete Russland einen alternativen Vorschlag. Dieser sah vor, dass Syrien seine Chemiewaffen unter internationale Kontrolle stellen solle, um zu einer schrittweisen Vernichtung des Chemiewaffen-Arsenals zu gelangen. Die USA erklärten, sie seien bereit, von einem Militärschlag abzusehen, sollte Syrien sich kooperativ zeigen. Daraufhin verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Ende September einstimmig die Resolution 2118, die eine Zerstörung der Produktionsstätten, Komponenten und Arsenale unter internationaler Aufsicht regelt.

International erntete das Zustandekommen dieser »historischen« Resolution großen Beifall, der in der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) gipfelte. Zwar war die OPCW nicht an den Verhandlungen mit dem syrischen Regime beteiligt, und das Nobelpreiskomitee betonte, die Auszeichnung sei aufgrund der gesamten Arbeit der Organisation erteilt worden, dennoch wurde die Preisverleihung von allen Seiten im Kontext des Syrien-Konflikts verstanden. »Eigentlich hätte ich den Preis bekommen sollen«, scherzte Bashar al-Assad am 14. Oktober im Gespräch mit der der Hizbullah nahestehenden libanesischen Tageszeitung *al-Akhbar*. Lob gab es von allen Seiten: Sowohl Russland wie auch die USA hoben die Kooperationsbereitschaft des syrischen Regimes bei der Umsetzung der Resolution anerkennend hervor.

1. Ryan C. Crocker: »Assad is the Least Worst Option«, *New York Times*, 21.12.2013.

2.2 Keine Frage der Moral

Aus Sicht weiter Teile der syrischen Bevölkerung reihen sich die schnell verhallten Drohungen Barack Obamas in eine lange Liste der Enttäuschungen durch die internationale Gemeinschaft ein. Die syrische Rechtsanwältin Razan Zaitouneh, welche die Chemiewaffen-Angriffe in der östlichen und westlichen Ghouta außerhalb von Damaskus selbst erlebt hat,² beschreibt den psychologischen Zusammenbruch und das Ausmaß der Erniedrigung der syrischen Bevölkerung nach der Annahme der Resolution über die Vernichtung der syrischen Chemiewaffen durch den UN-Sicherheitsrat: »Wir dachten, die Welt würde nun endlich auf irgendeine Weise unsere Interessen wahrnehmen. Wir glaubten nicht, dass die internationale Gemeinschaft, nachdem sie Hunderte toter Kinder gesehen hatte, ausschließlich zum Nutzen ihrer eigenen engen Interessen handeln würde.«³ Ein Mörder werde nicht freigesprochen, nur weil er die Tatwaffe abgebe, hieß es auf zahlreichen syrischen Demonstrationen. Die UN-Resolution versage darin, das Blutvergießen zu beenden, weil es vor allem konventionelle Waffen seien, die in diesem Krieg zum Einsatz kämen. »Wenn euer Problem mit Assad nur der Einsatz von Chemiewaffen ist, dann lasst ihn ruhig. Durch Chemiewaffen zu sterben ist viel besser, als mit Scud-Raketen bombardiert zu werden«, erklärten Demonstranten im Dorf Kafranbel bei Idlib am 13. September 2013.

Die Angriffe des Regimes auf die Zivilbevölkerung wurden unvermindert fortgesetzt. Die Bewohner der Stadt Aleppo mussten kurz vor Jahresende einen neuen Höhepunkt der Angriffe erleben. Das unausgesetzte Bombardement von Wohngebieten, Schulen und Märkten mit Raketen und Fassbomben forderte Hunderte von Opfern und führte unter anderem dazu, dass die Zivilverwaltung die Schulen in den »befreiten Gebieten« Aleppos schließen musste, um weitere Opfer unter Lehrern und Schülern zu vermeiden. Wieder blockierte Russland im UN-Sicherheitsrat eine Erklärung, mit der die tödlichen Luftangriffe der syrischen Regierung verurteilt werden sollten. Das Motto

2. Am 10.12.2013 wurde die bekannte Menschenrechtsaktivistin gemeinsam mit drei Kollegen in ihrem Büro in der Ghouta von Unbekannten – vermutlich von Mitgliedern einer islamistischen Gruppe – entführt und wird seitdem vermisst.

3. Razan Zaitouneh: »Why the West is Wrong on Syria«, *Damascus Bureau*, 14.10.2013; www.damascusbureau.org.

der Freitagsdemonstrationen am 27. Dezember lautete bitter: »Todesfässer auf Aleppo mit internationaler Genehmigung.«

Zusätzlich zu der konstanten Bombardierung aus der Luft sind weite Teile des Damaszener Umlandes und das palästinensische Flüchtlingslager Yarmouk, in denen Hunderttausende Menschen leben, durch Blockaden der Armee komplett von der Außenwelt isoliert. Die medizinische Versorgung ist zusammengebrochen und die Preise für Lebensmittel, sofern überhaupt erhältlich, sind unerschwinglich geworden. Täglich verhungern in den abgeschnittenen Gebieten Menschen. Mit Einbruch des Winters fordert der Mangel an Brennstoffen zusätzliche Opfer. Internationale Appelle an das syrische Regime, humanitären Hilfsorganisationen Zugang zu den belagerten Gebieten zu gewähren, verhallen ungehört. Der Kontrast zu der Effizienz, welche die Vereinten Nationen an den Tag legen, wenn es um die Entsendung von Experten zur Vernichtung der Chemiewaffen geht, könnte nicht größer sein und bestätigt die Wahrnehmung der syrischen Bevölkerung, dass die internationale Gemeinschaft ihrem Leiden gleichgültig gegenübersteht.

Laut UN-Resolution sollen die Chemiewaffen bis Mitte 2014 vollständig vernichtet sein. Die gefährlichsten Kampfstoffe – darunter Senfgas, Sarin und das Nervengas VX – sollten bereits bis zur Jahreswende außer Landes gebracht und bis spätestens April zerstört werden. Dass der Zeitplan nicht eingehalten werden wird, zeigt sich bereits an der ersten Zwischenfrist, die am 31. Dezember 2013 ablief. Laut Vereinten Nationen schaffe es die syrische Regierung nicht, die zugesagten Bestandteile chemischer Kampfstoffe rechtzeitig in den Hafen von Latakia zu bringen. Als Gründe wurden die Kämpfe, schlechtes Wetter sowie logistische Probleme angeführt. Es steht zu befürchten, dass es bei der Vernichtung der chemischen Kampfstoffe immer wieder zu Verzögerungen kommen wird. Schließlich hat Bashar al-Assad für den Zeitraum der Umsetzung des Abkommens keinen internationalen Druck zu befürchten.

Die Tatsache, dass keine internationale Macht eingeschritten ist, um die Zivilbevölkerung vor den Gewalttaten des Regimes zu schützen, hat fatale Folgen für Syrien. Nicht nur war eine militärische Intervention von vornherein ausgeschlossen. Es ist den Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats nicht einmal gelungen, einen Mini-

malkonsens zu finden, um die Verbrechen des Regimes zu verurteilen oder die humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung zu sichern. Drei Jahre nach Beginn des Konflikts haben internationale Blockaden und Unzulänglichkeiten, strategische Interessen und Rivalitäten dazu geführt, dass Verbrechen weiter ungestraft verübt werden können. Der aktuelle Kurswechsel westlicher Regierungen vertieft die große Enttäuschung der syrischen Bevölkerung, die sich von der internationalen Gemeinschaft verlassen fühlt. »Oh Gott, wir haben niemanden außer Dir!«, lautet einer der am weitesten verbreiteten Demonstrationslogos.

3. Extremismus – der ideale Feind

3.1 Al-Qaida in Syrien

Während die moderaten und säkularen Vertreter der Opposition, zur Vernunft mahnende zivilgesellschaftliche Stimmen sowie Befürworter der Demokratie und eines friedlichen multikonfessionellen Zusammenlebens der brutalen Verfolgung durch das Regime ausgesetzt sind, sind für extremistische islamische Gruppen seit Beginn des syrischen Aufstands goldene Zeiten angebrochen. Obwohl das Assad-Regime im Irak-Krieg 2003 die Grenzen zum Irak öffnete und syrischen wie arabischen Freiwilligen ermöglichte, unter dem Banner von al-Qaida im Irak gegen das amerikanische Militär zu kämpfen, hatten islamistische Extremisten, von einigen versprengten kleinen Gruppen abgesehen, in der Vergangenheit keine aktive Präsenz in Syrien. Mit dem Ausbruch des Aufstands änderte sich das jedoch – al-Qaida begann, in Syrien Fuß zu fassen.

Im Gefolge der Militarisierung des syrischen Aufstands Mitte 2011 öffnete die Türkei ihre Grenzen und ließ ausländische Freiwillige ins Land. Diese kamen, um gemeinsam mit syrischen Islamisten gegen das Regime zu kämpfen. Ein halbes Jahr später, Anfang 2012, begannen sich diese Einzelpersonen und Gruppen zu organisieren. So gründete al-Qaida im Januar 2012 von ihrem Stützpunkt im Irak aus einen syrischen Flügel, die Nusra-Front (*Jabhat al-Nusra*), unter der Führung von Abu Muhammad al-Jolani, einem Weggefährten des al-Qaida-Anführers Abu Musab al-Zarqawi. Das syrische Regime sah sich in seinem offiziellen Diskurs von der »Bedrohung durch islamistische Terrorgruppen« bestätigt und beschwor Bashar al-Assad als Garant eines säkularen

Staates und Beschützer der Minderheiten. Im Februar 2012 entließen die syrischen Behörden Hunderte von Islamisten, die Mehrheit von ihnen Anführer salafistischer und jihadistischer Gruppen, aus dem Gefängnis von Saidnaya. Dies führte dazu, dass dem vom Regime stets artikulierten Schreckensbild »Bashar al-Assad oder das Chaos« Nachdruck verliehen wurde.⁴

Durch ihre strenge Disziplin und die finanzielle Unterstützung durch al-Qaida erzielte die Nusra-Front militärische Erfolge und bekam bald Zulauf aus den Reihen der Freien Syrischen Armee (FSA), der es sowohl an Struktur als auch an Finanzquellen mangelt.⁵ Trotz ihrer klaren Zugehörigkeit zu al-Qaida, bemühte sich die Nusra-Front, ihre ideologische und politische Agenda nicht zwischen sich und die Bevölkerung zu stellen. Die Entscheidung der USA, die Nusra-Front auf ihre Liste terroristischer Organisationen zu setzen, führte dazu, dass sich viele Syrer mit ihr solidarisierten.

Im April 2013 verkündete Abu Bakr al-Baghdadi, der Anführer von al-Qaida im Irak, die Gründung einer neuen Gruppe, die seitdem viel von sich Reden gemacht hat: die Gruppe *Islamischer Staat in Syrien und der Levante* (ISIS).⁶ ISIS ist das Ergebnis eines Zusammenschlusses der Gruppen *Islamischer Staat Irak* (ISI) und Teilen der Nusra-Front. Die meisten ausländischen Kämpfer und die radikalsten Mitglieder der Nusra-Front schlossen sich ISIS an. Während die Nusra-Front sich auf den Kampf gegen die Truppen des Assad-Regimes konzentriert, sind die Ziele von ISIS die Bekämpfung des schiitischen Islams und die Errichtung eines islamischen, Irak, Syrien und Libanon umfassenden Emirates.

Zahlenmäßig den anderen Gruppen weit unterlegen (Schätzungen gehen von etwa 6.500 Kämpfern aus), hat ISIS sich lediglich an einigen direkten Kämpfen gegen das Regime beteiligt. Im Allgemeinen konzentrieren sich ISIS-Truppen darauf, in den bereits befreiten Gebieten Ressourcen und strategisch wichtige Versorgungswege im Norden des Landes zu kontrollieren.

4. Mohammad Abu Rumman: *Islamists, Religion and the Revolution in Syria*, FES Jordan & Iraq/FES Syria, Amman 2013, S. 42.

5. Zur Problematik der fehlenden Finanzierung der FSA und der daraus folgenden Islamisierung der kämpfenden Verbände entsprechend der Kriterien der radikalislamischen Geldgeber vgl. Basma Qudmani/Felix Legrand: *Empowering the Democratic Resistance in Syria*, hrsg. v. Arab Reform Initiative, September 2013.

6. *Dawla Islamiya fi-l-'Iraq wa-l-Sham* – das arabische Akronym lautet abwertend *Da'esh*.

Dabei konfiszierten sie die Waffen anderer bewaffneter Gruppen, unterbrachen deren Versorgungslinien, verhafteten ihre Kämpfer und übernahmen die Quartiere schwächerer Gruppen. Trotz dieser Feindseligkeiten scheuten die FSA und die mit ihr verbündeten Milizen aus Angst vor einem Zweifrontenkrieg vor einer Großoffensive zurück.

Bei der Bevölkerung führten das aggressive Auftreten der maskierten Kämpfer und deren Versuche, die Gebiete unter ihrer Kontrolle zu »islamisieren«, zu allgemeiner Ablehnung. Für zivilgesellschaftliche Kräfte und politische Aktivisten waren die Eroberungen durch ISIS die schlimmste Entwicklung des letzten Jahres. Nach einer Welle von Entführungen, Folter und zum Teil öffentlichen Hinrichtungen sahen sich oppositionelle Aktivisten gezwungen, sich zu verstecken oder das Land zu verlassen. Darüber hinaus hinderte die Bedrohung durch ISIS Journalisten und humanitäre Hilfsorganisationen daran, in diesen Gegenden tätig zu werden.

3.2 Eine zweite Revolution?

In der ersten Januarwoche 2014 erhoben sich die Bewohner der »befreiten Gebiete« im Norden des Landes gegen ISIS. Anlass war die Ermordung eines bekannten Arztes in der Stadt Raqqa durch ISIS. Die Veröffentlichung von Bildern seines grausam zugerichteten Körpers im Internet war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Innerhalb kürzester Zeit fanden in mehreren Städten Demonstrationen gegen ISIS statt, in denen sie als Verbündete des Regimes beschimpft wurden. Vertreter der Zivilgesellschaft berichteten von einer Aufbruchsstimmung, einer »zweiten Revolution«, diesmal gegen Assad und ISIS.

Die Proteste der Bevölkerung wurden von einer Offensive der FSA und anderer Oppositionsmilizen begleitet. Dies führte zur Vertreibung von ISIS aus dem Westen der Provinz Aleppo und einigen Kleinstädten im Umland von Idlib. Auch in dem Grenzort Atmeh, dem Hauptumschlagsort von Jihadisten an der türkisch-syrischen Grenze, sowie in Raqqa kämpfte ein Zusammenschluss von Milizen und FSA gegen ISIS. Dabei gab es Tote auf beiden Seiten, Kämpfer und Führungsfiguren von ISIS wurden gefangen genommen und Gefangene aus ISIS-Gefängnissen befreit. Die Militäroffensive war zunächst erfolgreich, und Beobachter äußerten sich über-

rascht darüber, wie leicht ISIS zu vertreiben sei. Nicht alle Orte konnten jedoch dauerhaft gehalten werden. Der Grenzort Jerablus fiel Mitte Januar wieder unter die Kontrolle von ISIS. In Aleppo nutzten die Truppen des Regimes die Kämpfe der Oppositionstruppen gegen ISIS, um in den Wohnvierteln vorzurücken.

Aller Voraussicht nach werden die militärischen Auseinandersetzungen nicht zu einem entscheidenden Durchbruch der einen oder anderen Seite führen. Es ist jedoch wichtig festzuhalten, dass es nicht die Armee des syrischen Regimes, sondern die oppositionellen Milizen sind, die sich dem Terror von ISIS entgegenstellen. Beobachter berichten, dass die Hauptquartiere von ISIS, sowohl in Aleppo als auch in Raqqa, obwohl deutlich sichtbar, als einzige in den letzten Monaten nie vom Regime bombardiert worden seien. Auch wenn die Spekulationen über eine Zusammenarbeit zwischen dem Assad-Regime und ISIS kaum nachweisbar sind, so ist es doch offensichtlich, dass sich die Armee des Regimes und ISIS im gegenseitigen Interesse gewähren lassen und voneinander profitieren. Die Analyse, Assad sei ein wichtiger Verbündeter des Westens im Kampf gegen den Terrorismus, stößt hier auf einen offenkundigen Widerspruch.

Auch einige der gegen ISIS kämpfenden Milizen haben eine islamistische Agenda, allen voran die Nusra-Front, aber auch der Zusammenschluss syrischer Milizen zur »Islamischen Front«. In den Kämpfen untereinander geht es um Konkurrenz und das Ringen um Machterhalt zwischen den Gruppen. Wer Syrien nach Assad dominieren wird, ist momentan nicht abzusehen. Zurzeit gibt es eine Zweckallianz islamistischer Akteure verschiedener Couleur mit der säkularen Opposition im Kampf gegen ISIS, welche die extremste Form des Islamismus verkörpert. Dass dies ein gefährlicher Pakt ist, ist offensichtlich, denn es ist nicht davon auszugehen, dass alle islamistischen Milizen nach einem Regimewechsel die Waffen niederlegen werden. Selbst wenn sie nicht wie ISIS Teil eines transnationalen Terrornetzwerkes sind, geht es auch vielen der lokalen Gruppen letztendlich um die Etablierung eines islamischen Staates in Syrien. Darüber, wie dieser zu erreichen sei, gehen die Vorstellungen auch im islamistischen Lager auseinander; und tatsächlich wird sich erst nach Ende der Kampfhandlungen zeigen, wer mit welcher Motivation und welchem Ziel in Syrien unter der schwarzen Fahne von al-Qaida gekämpft hat.

4. Friedensverhandlungen in Montreux und Genf

Die Vorbereitungen für die Genf-II-Friedenskonferenz waren langwierig und schwierig. Russland und die USA, die Nationale Koalition⁷ und Iran rangen miteinander um Zugeständnisse und Ausschlusskriterien. Aber auch intern hat die Frage der Beteiligung an Genf II die Oppositionsgruppen auf eine Zerreißprobe gestellt. Erst nach massivem Druck durch die »Freunde Syriens« und dem Rückzug von mehr als einem Drittel der Delegierten entschloss sich die Nationale Koalition wenige Tage vor dem Termin zur Teilnahme. Ein Entschluss, den lediglich von 58 der 121 Delegierten unterstützt.

Fast drei Jahre nach Beginn des Aufstandes sitzen sich zum ersten Mal Vertreter der syrischen Regierung und der Opposition an einem Verhandlungstisch gegenüber. Angesichts des schwachen Rückhalts der teilnehmenden Oppositionsvertreter, auch in den eigenen Reihen, stellt sich die Frage, inwieweit sie die Kräfte in Syrien repräsentieren und vor allem auch beeinflussen können.

Weite Teile der Opposition befürchten, die internationale Gemeinschaft wolle die Konferenz nutzen, um einem Verbleib Assads an der Macht den Anschein von Legitimität zu verleihen. Sie verlangen einen Machtverzicht Assads und hoher Vertreter des Regimes als Vorbedingung. Die Sorge ist berechtigt, denn es erscheint unwahrscheinlich, dass das Assad-Regime in Montreux und bei den darauf folgenden Verhandlungen unter ernsthaften Druck geraten könnte. Vielmehr bietet Genf II dem Regime die Möglichkeit, sich erneut als legitimer Vertreter eines souveränen UN-Mitgliedstaates und als Partner im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu präsentieren. Und – so erstaunlich dies aus der Perspektive der Kriegesopfer wirkt – das Regime scheint für diese Darstellung ein internationales Publikum zu finden.

Eine realistische Analyse der lokalen, regionalen und internationalen Interessengegensätze lässt die Erfolgchancen dieser Konferenz demnach ausgesprochen gering erscheinen. Nichtsdestotrotz ist Genf II auf diplo-

matischer Ebene alternativlos. Die Gefahr einer weiteren regionalen Eskalation, die katastrophale humanitäre Lage in Syrien sowie die massive Flüchtlingspräsenz in den Nachbarländern erlauben keinen Aufschub. Wichtig ist, dass die internationale Gemeinschaft sich der Problematik bewusst ist. Der »große Wurf«, eine Beilegung des Syrien-Konflikts, wird kaum zu erreichen sein. Dies gleichwohl zu versuchen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Alles auf diese eine Karte zu setzen, wäre aber naiv. Denn sollte die Konferenz nicht die erwünschten Ergebnisse bringen, wird aller Voraussicht nach, wie bereits zuvor nach dem Scheitern der diversen UN-Resolutionen, wieder viel Zeit vergehen, bis die internationale Gemeinschaft sich auf eine neue Initiative zur Lösung des Syrien-Konflikts einigen kann.

Die Entscheidung über Krieg und Frieden in Syrien liegt schon lange nicht mehr in syrischen Händen. Regionale und internationale Interessen und Machtkämpfe haben den Konflikt in einen Stellvertreterkrieg verwandelt. Während westliche Staaten seit Beginn der Aufstände nur zögerlich und in geringem Maße bereit waren, säkulare Oppositionskräfte zu unterstützen, genießen islamistische und jihadistische Gruppen seit Jahren massive Unterstützung, zum Beispiel aus Saudi Arabien. Im Resultat hat sich das Kräftegleichgewicht entscheidend zugunsten dieser Gruppierungen verschoben. Diese Entwicklung spielt dem Regime und dessen Narrativ der islamistischen Bedrohung in die Hände.

Auch die seit 2011 vonseiten der syrischen Opposition immer wieder geäußerte Forderung nach Einrichtung einer Flugverbotszone im Norden des Landes blieb unbeantwortet, obwohl damit viele Menschenleben hätten gerettet werden können. Die Entwicklungen, die zum Abkommen über die Vernichtung der syrischen Chemiewaffen geführt haben, konnten aber immerhin belegen, dass eine militärische Drohkulisse durchaus Wirkung erzielen kann. Das Zeitfenster für militärische Optionen hat sich allerdings wieder geschlossen. Das syrische Regime hat aktuell wenig ernsthaften Druck zu befürchten, der es zwingen würde, Zugeständnisse in Richtung eines Machtwechsels zu machen.

Dies stellt die Friedensverhandlungen in Genf vor ein Paradox, das schwer aufzulösen sein wird. Einerseits sollte ein Ende der Gewalt in Syrien das prioritäre Verhandlungsziel sein. In der aktuellen Situation ist ein Waffenstillstand, so gering die Aussichten auf einen solchen

7. Die »Nationale Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte« ist ein am 11. November 2012 auf Initiative des langjährigen Oppositionellen Riyad Sayf gegründetes Bündnis verschiedener Oppositionsvertreter und unabhängiger Persönlichkeiten. Ihr Ziel ist die Bildung einer vorläufigen Exilregierung bzw., nach dem erhofften Sturz von Bashar al-Assad, einer Übergangsregierung in Syrien.



auch sind, nur mit Kooperation des Regimes zu erreichen. Das Gleiche gilt für die Forderungen nach Zugang für humanitäre Hilfe und die Freilassung aller politischen Gefangenen. Andererseits muss es in einem nächsten Schritt aber auch um die Frage eines Rücktritts Bashar al-Assads gehen, wenn Syriens Zukunft nicht eine unter Druck und Angst erzeugte Stille sein soll, die jederzeit wieder aufbrechen kann.

Ob der bereits im Juni 2012 in der Erklärung von Genf I geforderte Übergangsprozess mit oder ohne Bashar al-Assad stattfinden soll, bleibt jedoch die Kernfrage der Verhandlungen. Die Delegation des syrischen Regimes hat am ersten Tag der Verhandlungen seine dreifache Ablehnung der Oppositionsforderungen zum Ausdruck gebracht: nein zu einem Machtverzicht Assads, nein zu einer Beendigung der »Verteidigung gegen den Terrorismus« und nein zu einer Anerkennung der Opposition. In den Augen der Nationalen Koalition ist ein politischer Übergang aber nur ohne Bashar al-Assad und seine

engsten Vertrauten möglich. Diese konträren Positionen spiegeln sich auch in den Positionen der jeweiligen Unterstützerländer wider.

Angesichts dieser unvereinbaren Positionen sollte in den Genfer Verhandlungen ausreichend Raum für Diskussionen über Schritte bleiben, die unterhalb einer politischen Gesamtlösung liegen. Wenn es durch internationalen Druck gelänge, die Gewalt einzudämmen, die humanitäre Versorgung zu sichern und die Freilassung politischer Gefangener zu erreichen, wäre das für die syrische Zivilbevölkerung bereits ein großer Fortschritt. Eine politische Lösung wäre nur als Ergebnis einer Einigung der internationalen und regionalen Großmächte auf eine gemeinsame Strategie denkbar. Damit ist in naher Zukunft aber nicht zu rechnen. Trotzdem: Die Tatsache, dass das Assad-Regime zum ersten Mal in vierzig Jahren gezwungen ist, mit Vertretern der Opposition zu verhandeln, ist ein starkes Zeichen. Die Tage der Herrschaft einer Familie in Syrien sind gezählt.



Über die Autorin

Dr. Friederike Stolleis leitet seit April 2012 das Syrien-Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Sitz in Beirut.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ralf Hexel, Leiter, Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

Tel.: ++49-30-269-35-7421 | Fax: ++49-30-269-35-9233
<http://www.fes.de/nahost>

Bestellungen/Kontakt:
info.nahost@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN
978-3-86498-791-5